

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

5. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

24. Mai 2022

Gesamtmitgliederversammlung wählt neuen Vorstand und diskutiert

Auf unserer Gesamtmitgliederversammlung am 14. Mai 2022 haben wir im Capitol einen neuen Stadtvorstand gewählt.

Zu Stadtvorsitzenden sind Jan Röttschke, der seine zweite Wahlperiode antritt, sowie Ute Haupt, die ihr seit vielen Jahren als eine engagierte Sadträtin kennt, gewählt worden.

Zum Schatzmeister wurde Dirk Gernhardt gewählt, der in der vergangenen Wahlperiode stellvertretender Stadtvorsitzender war.

Weitere Mitglieder des Stadtvorstandes sind Leonie Heyner, Henriette Quade, Lydie Roloff, Anja Krimmling-Schoeffler, Jannik Balint, Jens Breitengraser, Frederic Claus, Lukas Pöhl und Lukas Wanke. Darüber hinaus haben wir über Anträge diskutiert und es wurden neue Positionen gefasst. So haben wir herausgestellt, dass wir gebraucht werden. Unsere Partei ist die Partei des Gemeinsamen, der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Gegnerin des Neoliberalismus.

Wir sehen aber auch, dass wir als LINKE uns verändern müssen, um wieder erfolgreicher sein zu können. Ein Prozess der solidarischen Erneuerung, des Abgleichs gewiss geglaubter Weisheiten mit der Realität, ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen und wollen. In Zeiten massiver Teuerung und Sparpolitik braucht es uns als soziale Opposition.

Die beschlossenen Positionierungen, so zum Beispiel auch zur Solidarität mit der Ukraine, werden möglichst schnell der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Mit diesem Stadtvorstand werden wir uns auch auf die Kommunalwahlen 2024 vorbereiten, die für uns eine Chance darstellen, etwas für die Menschen in Halle zum Besseren zu wenden.

Dafür sind wir mit dem Stadtvorstand, der großes kommunalpolitisches Know-How, studentisches Engagement, linken Aktivismus, lange Parteierfahrung und neue Impulse miteinander verbindet, gut aufgestellt.



Gesamtmitgliederversammlung 14. Mai 2022, Wahlergebnisse

Wahl der/des Stadtvorsitzenden:

	Ja	Nein	Enthaltungen
Ute Haupt	72	4	
Jan Röttschke	73	2	1

Wahl der/des Schatzmeister/s/in

	Ja	Nein	Enthaltungen
Dirk Gernhardt	61	8	7

Wahl der Mitglieder des Stadtvorstandes

Im Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung:

	Ja	Nein	Enthaltungen
Leonie Heyner	46	7	7
Anja Krimmling-Schoeffler	58	1	3
Henriette Quade	48	10	4
Lydia Roloff	52	5	3

im Wahlgang mit der gemischten Liste:

	Ja
Jannik Balint	47
Jens Breitengraser	54
Frederic Claus	42
Lukas Pöhl	45
Lukas Wanke	53
Niklas Ufer	33

Wahl der Delegierten zu den Bundesparteitagen 2022/2023

Im Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung:

	Ja
Böttger, Janina	47
Mackies, Stefanie	42
Roloff, Lydia	15

Im Wahlgang mit der gemischten Liste:

	Ja
Röttschke, Jan	50
Wanke, Lukas	38
Ufer, Niklas	18

Wahl der Vertreter:innen für die Finanzrevisionskommission Halle:

Im Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung:

	Ja	Nein	Enthaltungen
Krimmling, Renate	57	1	2

Im Wahlgang mit der gemischten Liste:

	Ja
Pommrich, Rainer	31
Büchner, Hartmut	15

Wahl der Vertreter:innen für den Landesausschuss:

Im Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung:

	Ja	Nein	Enthaltungen
Radig, Christine	60		

im Wahlgang mit der gemischten Liste:

	Ja	Nein	Enthaltungen
Krimmling, Ulrich	56	1	4

im Wahlgang der/des stellvertretenden Mitglied des Landesausschusses

	Ja	Nein	Enthaltungen
Kiel, Ants	57		3



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Mai Geburtstag haben.



Ein großer Blumenstrauß

ergeht heute und im Nachgang zu unserer Gesamtmitgliederversammlung am 14. Mai 2022 an alle die Genoss:innen, die in den vergangenen Jahren unsere Veranstaltungsreihe „Senioren-Café“ organisiert haben. Mit ihrer Arbeit haben sie diesen Termin an jedem Monatsende zur Tradition werden lassen.

Aus alters- und gesundheitlichen Gründen ist es den meisten von ihnen aber nunmehr leider nicht mehr möglich, sich dieser Aufgabe voll verantwortlich zu widmen.

Ein großes Dankeschön wollen wir hier sagen, auch im Namen des Stadtvorstandes, an Ingrid Höpner, Sigrid Aé, Christine Zarend, Ruth Albrecht, Edith Fischer und Gerhard Tressel.

Wir wünschen euch alles Gute, vor allem Gesundheit, damit wir euch auch weiterhin zu unseren Veranstaltungen begrüßen können, Kraft und Optimismus.

Noch zwei wichtige Anliegen

Nach langer Pandemiezeit haben wir ja mit unseren Senioren-Treffs bereits einen recht gelungenen Neustart der Veranstaltungsreihe vollzogen. Damit dies aber erfolgreich weitergeführt werden kann, brauchen

wir Mitstreiter mit Einfällen für die Gestaltung und Organisation. Es werden also Genoss:innen mit Ideen und Tatkraft gesucht, die sich mit uns um die Senior:innenarbeit kümmern wollen.

Ihr könnt euch gern melden unter der Tel.-Nr.: 0345 2025590 oder der E-Mail-Adresse info@dielinkehalle.de.

Außerdem möchte ich euch an meinen Vorschlag im Linken Blatt vom April erinnern. Ich hatte euch vorgeschlagen, eine kleine Fotoaktion durchzuführen und eure Fotos unter der Überschrift: „Mein schönstes Foto“ auch an unsere E-Mail-Adresse info@dielinkehalle.de zu senden. Vielleicht könnten auch wir eine Ausstellung in unseren Räumen gestalten oder unser „LINKES Blatt“ damit bereichern. Eine kleine Geschichte oder ein Gedicht dazu könnte ich mir auch gut vorstellen. Bisher ist dazu leider noch nichts eingegangen. Schade!!! Ich fände es toll, wenn ihr euch an dieser Aktion recht zahlreich beteiligen würdet.

Lydia Roloff

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt /
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
19.05.2022
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 16.06.2022

Offener Brief bzgl. Mieterhöhungen in der HWG

Sehr geehrte Frau Danz,
sehr geehrter Herr Geier,
sehr geehrter Herr Rebenstorf,

wir schreiben Ihnen als Stadtvorstand der halleschen LINKEN in Vertretung derjenigen, die sich als Mieter:innen der HWG an uns gewandt haben. Ihnen wurden Mieterhöhungsschreiben zugestellt, die entsprechende Erhöhungen um zwanzig Prozent vorsehen, was wir bereits öffentlich kritisiert haben.

Mit diesem Brief wollen wir Ihnen jeweils als Geschäftsführerin der HWG, als Aufsichtsratsvorsitzenden der HWG und als Bürgermeister der Stadt Halle (Saale) noch einmal deutlich machen, warum wir das nicht nur für ein schlechtes Signal, sondern auch für sozial nicht verantwortbar halten.

In einer Erklärung der Mieterhöhungen hat die HWG bereits versucht zu erklären, warum die Erhöhungen gerechtfertigt sind. Und wir wollen die dort aufgeführten Punkte keineswegs bestreiten: Wir erkennen klar an, dass die HWG kein Immobilienkonzern ist, der nur von Profitmaximierung angetrieben wird. Wir wissen um die gestiegenen Preise, die relativ seltenen Erhöhungen und die angespannte Gesamtlage. Und wir sind dankbar dafür, dass zum Beispiel in der Silberhöhe keine Mieten erhöht werden.

Nichtsdestotrotz wollen wir Ihnen vor Augen halten, dass die Preise auch für Endverbraucher:innen steigen. Die Lebenshaltungskosten explodieren, die Energiepreise gehen durch die Decke und nun steigen die Mieten der Betroffenen - und das nicht um einige Prozent, sondern um ganze 20 Prozent. Man kann viel über die Frage spekulieren, wie viel Prozent verkraftbar wären, aber eines steht für uns klar fest: Ein Sprung von 20 Prozent ist keine langsame Erhöhung, sondern ein Sprung. Bei den Betroffenen, die sich bei uns gemeldet haben, geht es nicht selten um eine Mieterhö-

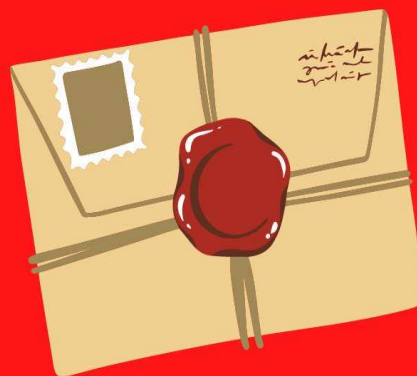
hung von mehr als einhundert Euro, die pro Monat draufgezahlt werden müssen. Einige werden umziehen müssen, in Mietschulden kommen oder woanders sparen müssen - in Krisenzeit passiert das überdurchschnittlich oft bei anderen Grundbedürfnissen.

Wir bitten Sie deshalb kurzfristig darum, die Mieterhöhungen zurückzunehmen und das Gespräch mit den Mieter:innen zu suchen. Als der Konzern „Grand City Properties“ in vergangenen Jahren Mieten um bis zu 20 Prozent erhöht hat, gab es zurecht eine große Entrüstung. Wir wollen diese Entrüstung nicht, weil wir der festen Überzeugung sind, dass man den kommunalen Wohnungsgesellschaft vertrauen muss. Natürlich muss sich mittel- und langfristig auch die Politik ändern. Aber jetzt muss es erst einmal darum gehen, die Mieter:innen zu schützen.

Wir hoffen also sehr darauf, dass sich noch etwas an der Entscheidung ändert und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Stadtvorstand DIE LINKE. Halle (Saale)

Offener Brief an die HWG!



DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Aus der letzten Stadtratssitzung am 27.04.2022

Ein Einwohnerantrag „NEIN zum Zusammenbruch der Gesundheitsfürsorge für die Einwohner der Stadt Halle!

NEIN zum Impfzwang im Gesundheitsbereich der Stadt Halle!

NEIN zur allgemeinen Corona-Impfpflicht“ - stand auf der Tagesordnung zur Abstimmung.

Eingereicht hatten diesen Antrag Mitglieder der „Bewegung Halle“ während der letzten Stadtratssitzung. Seitens der Verwaltung wurde aber nachgewiesen, dass dieser Antrag formell und materiell unzulässig sei. So wurde der Einwohnerantrag mit 2797 Unterschriften eingereicht. Gültig, nach Prüfung, waren aber nur 2328. Damit hat der Antrag nicht das notwendige Quorum von 2500 Unterschriften erreicht. Auch wenn eine Einreicherin des Antrages meinte, dass es doch egal wäre, wenn auch Unterschriften aus dem Saalekreis dabei wären. Dem ist nicht so. Das zweite Argument seitens der Stadt Halle war, dass Einwohneranträge nur Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Kommune zum Inhalt haben dürfen, das ist in der Kommunalverfassung so festgelegt. Die Einbringer:innen des Antrages fordern 1. Das Beschäftigungsverbot in Form von Tätigkeits- bzw. Aufenthaltsverboten für Beschäftigte ausgesetzt werden und 2. Der Stadtrat eine Resolution beschließen solle, die sich gegen die Einführung einer berufsbezogenen oder allgemeinen Covid -19 Impfpflicht ausspricht. Und das sind keine kommunalpolitischen Themen! Der Antrag wurde zur weiteren Bearbeitung in den Hauptausschuss und Sozial-Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss verwiesen.

Wie soll die Rathausstraße gestaltet werden? Die Rathausstraße soll zwischen Hansering und Kleiner Steinstraße ausgebaut werden. In der Vorlage heißt es: „Mit der Umgestaltung soll insbesondere der barrierefreie Ausbau der Gehwegenanlagen erfolgen. Aufgrund der hohen Querneigung ist jedoch eine Anhebung der Gradienten der Fahrbahn erforderlich, was den Ausbau des gesamten Straßenraumes erforderlich macht.“ Als Fraktion haben wir mit einem Antrag versucht, eine andere Bauvariante vorzuschlagen. Wir plädierten für eine Verkleinerung der Fahrbahnbreite, um mehr Raum für Freisitze, Baumstandorte und Liefer- und Ladezonen zu haben. Unser Antrag fand aber im Stadtrat nicht die erforderliche

Mehrheit. Jetzt wird das Ziel verfolgt, eine Straßenbreite von 5,50 Meter zu belassen, davon zwei Meter fürs Parken. Die nördlichen Gehwege sollen verbreitert werden.

Wir möchten, dass die Sondergebührensatzung der Stadt Halle geändert wird. Hintergrund dafür ist, dass derzeit die beiden Eisbuden auf dem halleschen Marktplatz keine Gebühren bezahlen müssen, lediglich für die Freisitze. Es gab ursprünglich mal eine eigene Kostenstelle für diese beiden Eisbuden. Die Inhaber hatten dagegen geklagt und gewonnen. Nun muss die Sondersatzung so geändert werden, dass uns die Einnahmen von ca. 16.000 Euro im Jahr nicht verloren gehen. Unser Antrag wurde angenommen.

Auf der Silberhöhe wird es eine Erweiterung des Grillplatzes geben.

Bürger:innen der Silberhöhe hatten sich dafür ausgesprochen, den schon bestehenden Grillplatz durch Bänke und festen Grillplätzen zu erweitern. Wir haben diese Idee in einem Antrag aufgenommen und dafür plädiert, dass damit öffentliche Treffpunkte geschaffen werden und das Engagement von Bürger:innen für ihren Wohnort anerkannt wird.

Weitere Steinschüttungen am Saaleufer dürfen nun nicht mehr ohne Zustimmung des Stadtrates erfolgen. Ein entsprechender Antrag der Fraktion der Grünen und Hauptsache Halle wurde angenommen. Wir haben ihn unterstützt.

Für Diskussionen sorgte im Stadtrat auch die Sperrung der Brücke auf der Peißnitz. Die Verwaltung argumentierte, dass die Brücke aus Gründen der Gefahrenabwehr vollständig gesperrt werden muss, aber zur Konzertsaison im Juni wieder aufgemacht werden soll. (Anmerkung: Inzwischen gibt es Übergangsvarianten für die Wochenenden.)

Unseren Antrag, eine Resolution zur Unterstützung für die gewerkschaftlichen Forderungen in der aktuellen Tarifrunde für den Sozial- und Bildungsdienst, haben wir im Stadtrat zurückgezogen. Der Grund war einfach, dass die Verwaltung der Stadt Halle uns darauf hinwies, dass der Antrag keine direkten Belange der Kommune anspricht. Wir nutzen die Einbringung aber, um auf die Forderungen der Gewerkschaft aufmerksam zu machen und unsere Solidarität und Unterstützung aufzuzeigen.

Ute Haupt

Hilfstrukturen für Opfer häuslicher Gewalt stärken

von Eva von Angern

Während der Pandemie hat sich das Leben stark verändert, nicht alle konnten die Herausforderungen gut bewältigen, viele waren überfordert. Die Kindeswohlgefährdungen haben sich von 2019 zu 2020 um ca. 30 Prozent erhöht, häusliche Gewalt gegen Frauen hat zugenommen. Eine Studie über die Gesundheit von Frauen während der Pandemie hat das zu Tage gebracht, wovor wir LINKE lange schon gewarnt haben: Ängste von Frauen um den Arbeitsplatz, die Abhängigkeit vom eigenen Partner sowie Sorgen um die finanzielle Zukunft nahmen drastisch zu.

Wenn das eigene Zuhause zum Ort verbaler bzw. körperlicher Gewalt gegen Frauen wird, dann braucht es schnelle Hilfe. Die Frauenberatungsstellen und Schutzhäuser bieten Frauen einen sicheren Ort - auch in der Pandemie. Jede dritte Frau ist bereits Opfer von sexualisierter Gewalt geworden.

In der Pandemie sind die Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen der Hilfestellen groß: Umfangreiche Hygienemaßnahmen, Telefon- sowie Online-Beratungen und auch Homeschooling für die Kinder, die mit den Frauen in den Einrichtungen Schutz suchen, sind nur einige Aufgaben, die zusätzlich zur eigentlichen Arbeit hinzugekommen sind. Die Mitarbeiterinnen zeigen großes Engagement, sie hören zu, beraten und trösten. Selbst im Lockdown waren die Häuser offen.

Finanzielle Anerkennung für die Mitarbeiterinnen

Als Landtagsfraktion haben wir das Thema in der März-Sitzung des Landtags auf die Tagesordnung gesetzt. Angesichts dieser enormen Belastung ist es das Mindeste, den Mitarbeiterinnen eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen. Die Hilfstrukturen für Opfer häuslicher Gewalt müssen jetzt gestärkt werden. Im Landtag haben wir die Landesregierung aufgefordert, allen Angestellten in den Frauenzentren, Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern in Sachsen-Anhalt eine nachträgliche Corona-Prämie über 1.300 Euro zu zahlen - doch CDU, SPD und FDP haben diesen Antrag einfach abgelehnt.

Wir werden dennoch weiter dafür streiten, dass die Corona-Prämie auch auf andere Berufsgruppen im Sozial- und Gesundheitswesen ausgeweitet wird. Für die Frauenhäuser im Land braucht es endlich eine verlässliche Finanzierung, um Schutz für jede Frau und

jedes Kind zu gewährleisten.

Neue Herausforderungen durch den Ukraine-Krieg

Die „Ampelkoalition“ im Bund hat versprochen, einen einheitlichen Rechtsrahmen und Mitfinanzierung durch den Bund auf den Weg zu bringen, um eine verlässliche Struktur der Frauenhäuser aufrechtzuerhalten. Diese Vorhaben müssen zeitnah umgesetzt werden. Angesichts des Kriegs in der Ukraine kommen viele Frauen und Kinder zu uns, die Gewalt und Elend erlebt haben. Hier müssen wir sexualisierter Gewalt vorbeugen sowie die psychische Ausnahmesituation der Geflüchteten berücksichtigen. Die Haseloff-Regierung muss schnell Hilfsangebote bereitstellen und stärken. Die Frauenhäuser werden also in Zukunft noch mehr Aufgaben übernehmen - dafür gilt den Mitarbeiterinnen unser Dank!

8. Mai

Am Tag der Befreiung waren wir auf der jährlichen Gedenkveranstaltung auf dem Südfriedhof und haben an diejenigen erinnert, die das nationalsozialistische Regime besiegt und Europa befreit haben: An die alliierten Soldaten, an die Partisan:innen und an die (viel zu wenigen) deutschen Widerstandskämpfer:innen. Der Dank an die Alliierten und die Erinnerung an die Opfer muss entsprechend anerkannt werden, der 8. Mai muss deshalb Feiertag werden. Darüber hinaus muss der 8. Mai in diesem Jahr eine Mahnung für den Frieden und für Solidarität sein - konkret heißt das, für Solidarität mit der Ukraine gegenüber dem schrecklichen Angriffskrieg des russischen Regimes.



Walk Of Care: Solidarität statt Profitmaximierung - für ein anderes Gesundheitssystem!



Am 12. Mai 2022 fand in Halle zum zweiten Mal der sogenannte „Walk Of Care“ statt. Während dieser im letzten Jahr noch corona-bedingt kleiner ausfallen musste, waren dieses Mal mehrere hundert Protestierende unterwegs, darunter vor allem Betroffene - also Pfleger:innen und Pflege-Auszubildende. Die Forderungen waren entsprechend klar: Es ging darum, dass Pflegende viel zu wenig politische Mitsprache haben, da die Politik sich maximal von Ärzt:innen oder gar von Klinikdirektor:innen beraten lässt. Darüber hinaus formulierte die quer durch Halle gehende Demonstration eine klare Absage an die Privatisierung und die damit einhergehende Profitorientierung im Gesundheitssystem. In Redebeiträgen, auf Schildern und in Sprechchören wurde kritisiert, dass es kaum Zeit für Patient:innen gibt, dass alles nach dem Fallpauschalen-System (DRG) abgerechnet werden muss und dabei die sach- und vor allem patientengerechte Behandlung oft nicht möglich ist. Letztendlich wurde noch einmal betont, dass dieses System krank macht - die Patient:innen und die Pfleger:innen gleichermaßen. Deshalb verlassen auch viele Pflegekräfte die Krankenhäuser und Altenheime und suchen sich einen Job, der weniger Stress mit sich bringt. Es sollte also auch und mindestens im Interesse der Politik sein, diese Bedingungen endlich zu verbessern. Bis jetzt hat die Corona-Pandemie leider nur gezeigt, dass Bürokratie und Neoliberalismus weiter walten. So wurde auch in Sachsen-Anhalt mitten in der Pandemie das

Klinikum Havelberg geschlossen, weil die private Betreibergesellschaft kein Interesse mehr an dem Standort hatte. Das Interesse der Mitarbeiter:innen und der Anwohner:innen hat dabei nicht gezählt. Als LINKE ist es natürlich unsere Aufgabe, diese Proteste zu unterstützen. Darüber hinaus müssen wir deutlich machen, wie eine Alternative aussehen kann. Die Landtagsfraktion hat mit einer Studie bereits gezeigt, wie eine landesweite Trägergesellschaft für Krankenhäuser aussehen könnte. Aber es muss darüber hinausgehen: Wir brauchen ein Gesundheitssystem, welches den Personalmangel überwindet, Pfleger:innen gegenüber Ärzt:innen nicht diskriminiert, allen Gruppen politische Mitsprache einräumt, auf einer solidaren Finanzgrundlage steht und jedem und jeder zugänglich ist, unabhängig von Versicherungsstatus. Es muss also auf jeder Ebene dafür gekämpft werden, dass vor allem die Beschränkung durch die neoliberale Sparpolitik fällt. Wenn sich Pfleger:innen dafür organisieren, ist das ein mehr als guter Ansatzpunkt!

Beratung der BO- und OV-Vertreter:innen

Am **1. Juni 2022 um 18 Uhr** treffen sich die Vertreter:innen der Basisgruppen und Ortsverbände im Linken Laden, um über die Arbeit des Stadtverbandes für den nächsten Monat zu beraten.

Rezension

Jürgen Beetz: Menschen wie ich. Eine KI erwacht zum Leben.

Alibri Verlag Aschaffenburg 2022, ISBN 978-3-86569-338-9 344 S.

Der studierte Elektrotechniker, Mathematiker und Informatiker hat ein fulminantes Werk vorgelegt - Roman und Sachbuch zugleich. Auf vergnügliche Art und Weise beschreibt er in Form des Tagebuchs eines Androiden moderne Entwicklungen und Möglichkeiten künstlicher Intelligenz (KI) sowie weitere Eventualitäten in der Zukunft. Dabei hält er uns Menschen einen Spiegel vor - über unsere unklare Sprache („Kannst Du das beenden?“ - die Antwort des Androiden ist „Ja“ ohne das, zum Ärger des Menschen, etwas passiert), unsere Angewohnheit, Entscheidungen gegen Faktenwissen auf Grund von Emotionen zu fällen, Verlegenheitslaute (äh, hm) statt klare Argumentationen zu äußern, entgegen lauthals verkündeter Moralprinzipien mehrmals täglich zu lügen, unnötige Grausamkeiten gegenüber Tier und Mensch zu vollführen, etc. Die Schlussfolgerung eines Androiden lautet daher: Menschen würden Regeln aufstellen, um sie dann nicht einzuhalten. Gleichzeitig erläutert Jürgen Beetz zahlreiche ethische bzw. philosophische Grundsatzzfragen (was ist eine Seele, die mensch „baumeln lassen kann“?) bzw. Dilemmata (wer soll im Zweifelsfall von einem autonom fahrenden Auto angefahren/getötet werden?) sowie Grundfragen der Maschinen- bzw. Roboterethik bzw. Rechten von Robotern. In diesem Zusammenhang wird ausführlich auf deren Vorteile eingegangen - nicht nur, dass diese nicht lügen können; vor einem Pflegeroboter muss man/frau sich nicht schämen, ein autonom fahrendes Auto wird nicht müde, hält alle Verkehrsregeln ein, telefoniert nicht am Steuer u. a. m. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die „angeblichen Segnungen der Digitalisierung der Wirtschaft ... völlig überschätzt [werden]. Nach wie vor basiert unsere Zivilisation auf Stoffen wie Stahl, Sand, Zement, Plastik, Wasser, Kupfer oder Ammoniak. Der Glaube, dass Digitalisierung den Material- und Energieverbrauch reduziert, ist absurd. Allein die Kryptowährungen brauchen enorm viel Energie. Jede einzelne Überweisung in Bitcoins verbraucht in etwa so viel Energie, wie ein durchschnittlicher Deutscher in knapp acht Monaten“ (S. 207).

Ausführlich geht er auf das Thema Kampfdrohnen und Kriege ein, sowie die viel diskutierte Gefahr, dass

künftig Superintelligenzen die Menschen versklaven könnten. Wozu? - von ihnen selbst hergestellte andere KI wären viel hilfreicher und effizienter als das Mängelwesen Mensch - ist die Antwort des Androiden / des Autors. Und auf solchen Unsinn wie Diskriminierung der Frauen würde sich künstliche Intelligenz erst gar nicht einlassen. Der Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Exemplaren wäre aufgehoben (vgl. S. 271).

Die kursive Schreibweise von Personen, Institutionen, Testverfahren erlaubt der Leserschaft ein Erkennen (und damit, wenn gewünscht, zielgerichtetes Nachschlagen) zu bereits existierenden Fakten bzw. Institutionen, ohne den Lesefluss durch Anmerkungen zu unterbrechen. Die gewählte Schreibform als Tagebuch eines Androiden ist nicht nur amüsant, sondern ohne informatik-technische Vorkenntnisse gut lesbar und verständlich, kurz: einfach gelungen.

Senioren-Treff

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren, hiermit möchte ich euch über die geplanten Termine für unseren Senioren-Treff informieren:

Im Juni ist ein Stadtrundgang mit Hajo Gunkel geplant.

Thema: Jüdisches Leben in Halle
Termin: Mittwoch, 29. Juni 2022, 14:30 Uhr
Ort: der genaue Treffpunkt wird noch bekanntgegeben (bitte informieren)

Im Juli wollen wir einen **Rundgang mit Marion Krischok über den Südfriedhof** machen und dabei allerlei Historisches und Neues kennenlernen.

Termin: Mittwoch, 27. Juli 2022
Ort: Haupteingang Südfriedhof

Ich freue mich, euch wieder zahlreich zu unseren Veranstaltungen begrüßen zu können.

Bis dahin bleibt alle gesund und zuversichtlich.
Lydia Roloff

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 28. und 29.04.2022

Zur 10. Sitzungsperiode des Landtages standen 25 Themen auf der Tagesordnung, über die am 28. und 29. April debattiert und abgestimmt wurde.

#Inflation

Preistreiberei beenden

Die bislang durch die Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen gegen die wachsenden Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise haben sich als unzureichend bzw. sogar kontraproduktiv erwiesen. Sie subventionieren die Preistreibereien der Konzerne, anstatt ihnen einen wettbewerbsrechtlichen Riegel vorzuschieben. Mit Blick auf die seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs stetig wachsenden Profite der Mineralölkonzerne und Versorgungsunternehmen besteht hier dringender Handlungsbedarf. Während Arbeitnehmer*innen, Mieter*innen, Studierende, Rentner*innen, Familien und Gewerbetreibende unter den Preistreibereien leiden, fahren allein die Mineralölkonzerne pro Tag über 100 Millionen Euro Extragewinne ein. Die Abschöpfung dieser Gewinne ist im Interesse des Allgemeinwohls ist die Auffassung der Linksfraktion. Extra-Profite müssen abgegeben werden und künftig verhindert werden. Notfalls müssen Konzerne verstaatlicht werden. Dazu hat die Linksfraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht und fordert darin die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Schnellstmögliche Ausweitung der Befugnisse des Bundeskartellamtes zur wirksamen Überprüfung aller Wertschöpfungsketten in der Strom-, Gas- und Mineralölwirtschaft, einschließlich der Raffinerien und Tankstellen;
2. Erlass von Rechtsverordnungen zur Regelung von Transport, Lagerung, Verteilung und auch Abgabe von Energieträgern sowie Festlegung von Höchstpreisen und Unterbindung von Dumpingpreisen von

Energien festlegen;

3. Aufnahme eines gesetzlichen Verbots von Stromsperren in das Energiesicherheitsgesetz;
4. Abschöpfung bislang aufgelaufener Gewinne durch eine ergänzende Körperschaftsteuer;
5. Ergänzende gesetzliche Voraussetzungen für ggf. notwendige treuhänderische Verwaltung von Unternehmen, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten.

Die für Energie und Verbraucherschutz zuständige Abgeordnete Kerstin Eisenreich sagte zum Abschluss ihrer Einbringungsrede: „Die Regierungen müssen sich fragen: Vertreten sie mit ihrer Politik tatsächlich die Interessen der Menschen oder doch die der Konzerne? Haben sie den Mut, mit scharfen Regeln und allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln endlich gegen die Profitgier vorzugehen und die Verbraucher*innen zu entlasten sowie die Versorgungssicherheit zu garantieren? Oder knickt man vor den Interessen einzelner Konzerne wieder ein und trägt das Mantra vor sich her, dass der Markt dies reguliere?“

Der Antrag wurde abgelehnt.

#Mobilität

Attraktiverer ÖPNV

Im Mittelpunkt der Gesamtstrategie des Landes zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNVs stünden sowohl Angebotsausweitungen als auch die Verbesserung der Qualität. Erschwingliche Tarife seien ein weiterer flankierender Baustein, so die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Auf Basis eines Antrags sollen die Einführung des Azubi-Tickets evaluiert und zwei Modellprojekte (je eines für den städtischen und ländlichen Raum) für die Erprobung eines Jahres-

tickets für 365 Euro (Nutzeranteil) entwickelt werden.

Der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion Guido Henke kritisierte den Antrag namens der Linksfraktion, die daher auch einen eigenen Alternativantrag vorlegte. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, landesweit Modellprojekte für die Erprobung eines Jahrestickets für 365 Euro (Nutzer*innenanteil) zu entwickeln. Dazu sollten auch die Erfahrungen des Azubi-Tickets aufgegriffen werden. Als schwerwiegenden Fehler sieht DIE LINKE, dass bisher keine finanziellen Vorkehrungen im Haushalt für Modellprojekte geschaffen wurden und fordert diese daher ab 2023. Nur so könnten die notwendigen Investitionen in Personal und Infrastruktur geschaffen werden. Außerdem gebe es im Land bereits Erfahrungen mit Kommunen (z. B. Halberstadt), die erschwingliche Tickets anbieten. Diese Erfahrungen genauso wie Nutzung und Bedarfe im ÖPNV müssten evaluiert und daraufhin eine Landesstrategie zur nachhaltigen Mobilität erarbeitet werden, unter besonderer Berücksichtigung der Stärkung des ÖPNV.

#Fähren

Koalitionsfraktionen lassen landesbedeutsame Fähren hängen

Im Oktober 2021 hatte die Fraktion DIE LINKE erneut einen Gesetzentwurf zur finanziellen Unterstützung der Fähren im Land vorgelegt. Fähren werden derzeit nahezu ausschließlich von den Gemeinden als freiwillige Aufgabe im Interesse des Landesverkehrswegeplanes betrieben. Die Betreiberkosten übersteigen die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen und sind zunehmend defizitär, z. B. aufgrund von Niedrigwasserphasen. Das ist betriebswirtschaftlich nicht mehr zu leisten. Andererseits tragen diese Fähren touristische und ökologische Vorteile. Im Ergebnis der Ausschussberatungen, in denen alle Fraktionen die Bedeutung der Fähren für das Land hervorhoben, wurde eine finanzielle Beteiligung jedoch mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Der für den Landkreis Stendal zuständige Abgeordnete Wulf

Gallert sagte in der Debatte: „Wir können heute wieder Zeuge werden, dass dieses zentrale Ziel [eine gesetzlich garantierte Zusicherung von Landesunterstützung - Anm. d. Verf.] von der Landesregierung genauso wie von den Koalitionsfraktionen definitiv abgelehnt wird. - So weit so klar und so weit so enttäuschend. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die Gründe für die Ablehnung wiederum ausgesprochen flexibel waren.“ Es könne doch nicht sein, dass [das Land] das Geld selber nicht zur Verfügung habe, wobei man wiederum von Gemeinden verlangt, dass sie im Interesse des Landes aus ihren Kommunalhaushalten Dinge finanzieren, die wir aus unserem Landestopf nicht finanzieren könnten. Unterkritisierte, dass die Koalition mit ihrem Beschluss der Mobilität im ländlichen Raum einen Bärenienst erwiesen habe.

#Bildung

Schnelle Umsetzung des Landesschulbauprogramms

Im aktuellen Haushaltsplanentwurf ist ab dem Jahr 2023 ein Landesschulbauprogramm vorgesehen. Dies trägt dem enormen Investitionsstau Rechnung. Deshalb beantragte die Fraktion DIE LINKE, dass der tatsächliche Investitionsbedarf für die Schulgebäude der kommunalen Schulträger schnellstmöglich ermittelt und der Entwurf einer Richtlinie zur Umsetzung des Landesschulbauprogramms vorgelegt werde. Außerdem schlagen wir vor, einen Vergabebeirat einzurichten.

Der bildungspolitische Sprecher Thomas Lippmann führte dazu aus: „Es gibt sie also auch nach mehr als 30 Jahren noch - gänzlich unsanierte Schulen. Und das, obwohl in diesen 30 Jahren schon fast 1.000 Schulen geschlossen wurden. Von den ehemals 1.731 öffentlichen Schulen existieren heute nur noch 761 und die Zeit der Schulschließungen ist noch nicht vorbei. Also sollten die Kommunen doch zumindest jetzt in die Lage sein, den verbliebenen und weitgehend sanierten Gebäudebestand aus eigener Kraft zu erhalten und weiter zu modernisieren. Doch der Investitionsbedarf

wächst natürlicherweise an, weil viele Sanierungen nun schon wieder 20 Jahre oder länger zurückliegen. Schulgebäude werden ja intensiv genutzt, vor allem wenn sie durch steigende Schülerzahlen aus allen Nähten platzen.

Investitionen in die Schulgebäude bleiben also eine Daueraufgabe. Damit bleibt aber auch der Sanierungsstau, denn die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen besteht ja fort. Bisher wurden die Kommunen allein gelassen, wenn es kein aktuelles Förderprogramm gab, oder wenn die Förderung nicht passte oder wenn das Programm weit überzeichnet war und viele Antragsteller keine Chance hatten. Nun ist aber offenbar keine weitere Schulbauförderung mit EU-Geldern oder aus dem Bundeshaushalt in Sicht. Deshalb hat die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf 2022 durch die Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen ein Landesschulbauprogramm ins Gespräch gebracht. Ab dem kommenden Haushaltsjahr sollen da jährlich 21 Mio. Euro zur Verfügung stehen.“

Falsch sei es immer noch, den Kommunen nicht deutlich mehr Finanzmittel über das FAG in ihre

Grundfinanzierung zu geben und dafür im Gegenzug das Förderwesen deutlich einzudämmen. Und da reden wir nicht über 100 Mio. Euro, sondern über ein Vielfaches davon. Zur Klärung der noch reichlich vorhandenen Fragen dient der eingebrachte Antrag. Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

+ + kurz berichtet + +

Neuer Service im Plenarsaal

Besucherinnen und Besuchern sowie Journalistinnen und Journalisten können seit letzter Woche während der Plenarsitzungen ab sofort einen zusätzlichen Service genießen.

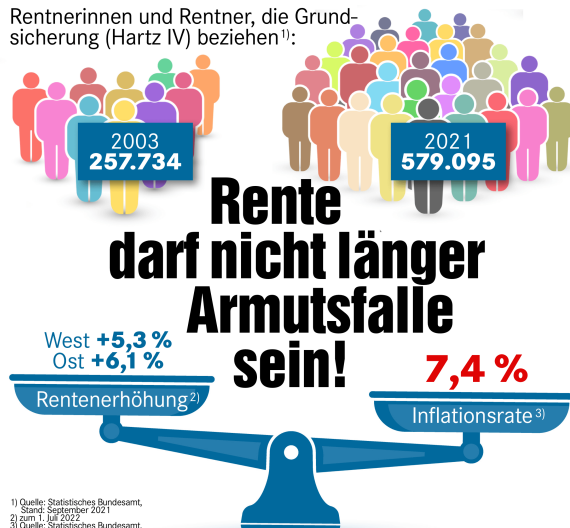
Auf zwei Großbildschirmen an der Besucher- und Pressetribüne kann der Livestream der Landtagsitzung mit Gebärdensprachdolmetschung, den aktuellen Rednern und dem Titel des aktuellen Tagesordnungspunkts verfolgt werden. Damit lässt sich das Geschehen im Landtag leichter verfolgen, insbesondere für Besucher*innen mit Beeinträchtigungen des Gehörs.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 2. Mai 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im April 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

Rentnerinnen und Rentner, die Grundversicherung (Hartz IV) beziehen¹⁾:



1) Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: September 2021
2) zum 1. Juli 2022
3) Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: April 2022

KLIPP & KLAR

Zeitung der Fraktion
DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

ND - Leseklub

Der ND - Leseklub trifft sich am Montag, dem 13. Juni 2022 ab 15.00 Uhr im Linken Laden. Vorerst das letzte Mal vor der Sommerpause.

Forschung an der Universität Magdeburg für Chinas Militär – Einbringung in den Landtag

Unsere Abgeordneten Hendrik Lange und Kerstin Eisenreich werden zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt einen Antrag auf Selbstbefassung zur Problematik der Forschung für Chinas Militär an der Universität Magdeburg einbringen. Dazu betont Hendrik Lange, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

„Wenn sich aktuelle Recherchen zur Forschung an deutschen Hochschulen für das chinesische Militär bestätigen, dann steht die Universität Magdeburg in der Aufklärungspflicht. Der Wissenschaftsausschuss im Landtag von Sachsen-Anhalt muss sich dringend mit diesem Thema beschäftigen und hierzu den Rektor der Universität einladen. Wer heute ungebrochen mit einer chinesischen Universität bzw. mit dem chinesischen Militär zusammenarbeitet, muss sich fragen lassen, wie politisch wacher ist. Wortwörtliche Schützenhilfe für das chinesische Militär aus der deutschen Forschung zu liefern, ist in diesen Zeiten mehr als unsensibel. Die chinesische Regierung darf keinen Zugriff auf die inhaltliche Ausrichtung deutscher Forschung bekommen.

Es ist gut, dass das Bundesforschungsministerium Gelder für deutsche China-Forschung bereitstellt. Es darf aber nicht sein, dass Chinas Militär dadurch profitiert. Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt sieht die Rüstungsforschung an öffentlichen Einrichtungen kritisch. Alle Wissenschaftler*innen müssen sich kritisch fragen, welche Folgen die eigene Arbeit haben kann.“

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Waldsterben als langfristiges Problem begreifen – Klimaschutz für kommende Generationen angehen

Kerstin Eisenreich, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kommentiert das Waldsterben in der aktuellen Debatte im Landtag von Sachsen-Anhalt:

„Der Wald leidet, die Menschen leiden, die Erde leidet. Bereits in der vergangenen Legislatur haben wir angesichts von Sturmschäden, Dürre und Schädlingsbefall immer wieder über den Zustand des Waldes diskutiert, Fördermaßnahmen wurden aufgelegt. Der Handlungsdruck bleibt jedoch hoch. Denn es ist auch für jede und jeden angesichts teilweise riesiger kahler Flächen und zahlloser umgestürzter Bäume deutlich sichtbar, wie der Wald leidet und letztendlich in Gefahr ist.

Aber neben ausreichend Geld und ausreichend Personal bedarf es einer engen und umfassenden Zusammenarbeit von Praxis, Wissenschaft und Politik. Insofern ist der Runde Tisch vom vergangenen Wochenende zu begrüßen, und auch dass sich die Agrarministerkonferenz dem Sorgenkind Wald gemeinsam vermehrt zuwendet!

Denn klar ist, dass die Bewältigung dieser Herausforderungen weder allein lokal noch regional erfolgreich sein kann. Da der Wald nur über lange Zeiträume aufwächst, wird dies kein Sprint sondern ein Marathon werden. Was lange braucht, braucht sehr viel Voraussicht über lange Zeiträume. Das ist leider in der Politik nicht besonders ausgeprägt, wenn immer nur in Wahlperioden gedacht wird. Aber das schulden wir dem Wald, dem Erhalt seiner Gemeinwohl- und Klimaschutzfunktion, jenen, die ihn bewirtschaften und allen nachfolgenden Generationen. Wer den Klimaschutz und die Reduzierung von menschenverursachten, klimaschädlichen Emissionen nicht endlich angeht, wird zum Totengräber unserer Wälder. Dessen müssen wir uns bewusst sein!“